

**Europa und Lateinamerika angesichts der Herausforderungen
durch die Umwelt: eine Antwort von beiden Enden der Kette**

von

Alain Lipietz

Vorsitzender der Delegation des Europäischen Parlaments
für die Beziehungen zu den Ländern der Anden-Gemeinschaft

In einer verbreiteten Vorstellung bilden Europa und Lateinamerika die zwei Enden einer menschlichen Kette. Europa erscheint als der reichere der beiden Kontinente. Lateinamerika zeigt viele Erscheinungen von Massenarmut. In den Beziehungen zwischen Mensch und Umwelt scheinen somit die beiden Kontinente die beiden Extremfälle zu verkörpern.

Europa auf der einen Seite erlebt eine „Überflusskrise“. Frühe industrielle Entwicklung seit dem 19. Jahrhundert und die sogar noch etwas eher begonnene Industrialisierung der Landwirtschaft haben zur Befreiung von der Not geführt. Der technische Fortschritt, der in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, aber vor allem im 20. Jahrhundert mit tief greifenden sozialen Reformen gekoppelt war, die einer Mehrheit der Bevölkerung zugute kamen, hat das Hungerproblem verschwinden lassen. Fast die gesamte europäische Bevölkerung konnte gegen Ende des 20. Jahrhunderts menschenwürdig wohnen. Die Revolution der Pasteurisierung hat Infektionskrankheiten nahezu ausgerottet. Alle Erleichterungen, die die Technik bietet (Autos, Flugreisen, Haushaltsgeräte, ...), sind unter den zwei reichsten Dritteln der Bevölkerung weit verbreitet. Selbst ärmere Schichten weisen heute einen Lebensstandard auf, um den sie die so genannten Mittelschichten Südamerikas wohl beneiden würden.

Dieser außerordentliche materielle Erfolg hat dessen ungeachtet nicht die Abhängigkeit zwischen der Bevölkerung Europas und ihrer Umwelt ausgelöscht.

Exzessiver Konsum auf der Grundlage einer regelrechten Plünderung der Naturreichtümer der Erde hat zu einer wahrhaften Erschöpfung des Raums, nicht nur des physischen Raums der Großstädte, sondern auch zur Erschöpfung der Recyclingfähigkeiten der europäischen Ökosysteme geführt. Weit verbreitete Bodenversiegelung, Verschmutzung von Luft und Wasser, Schwächung der pflanzlichen Ökosysteme durch übermäßige Spezialisierung in der Landwirtschaft, aus der Industrialisierung der Viehzucht erwachsende Risiken mit Extremfolgen wie dem Rinderwahnsinn sind nur einige Beispiele. Nach Ansicht von Analysten steht allerdings das Schlimmste erst noch bevor: solche Ereignisse wie das Auftreten des Rinderwahnsinns können sich jederzeit wiederholen, wenn die sorglose Nutzung genetisch veränderter Organismen weiter zunimmt und sich etabliert. Immer präzisere Untersuchungen schreiben die exponentielle Zunahme von Krebs- und anderen Erkrankungen einer wachsenden Verseuchung der europäischen Umwelt durch Chemikalien und Strahlungen zu.

Lateinamerika auf der anderen Seite, das unter der Schirmherrschaft der CEPAL und mit einer Strategie von Importablösungen im dritten Viertel des 20. Jahrhunderts gegenüber der europäischen Entwicklung regelrecht aufzuholen schien, hat im Verlauf des letzten Viertels des zu Ende gegangenen Jahrhunderts eine regelrechte Rückwärtsentwicklung erlebt. Breite Bevölkerungsschichten vor allem in ländlichen Gebieten oder in den neuen Armutssiedlungen am Rande der Städte hatten ohnehin noch nie Zugang zu den „Wohltaten des Fortschritts“. Die Destabilisierung des CEPAL-Wachstumsmodells sowie die Zerstörung des Wohlfahrtsstaats haben zu einem erneuten Abgleiten der mittleren Schichten in die Armut geführt. Dadurch sind sowohl die arme Landbevölkerung als auch die Armen in den Städten (die indigene Bevölkerung, die ohnehin nie in diesen Prozess einbezogen war, noch gar nicht mit gerechnet) erneut mit den alten Leidenskrisen Hunger, Erschöpfung, Anfälligkeit für Infektionskrankheiten konfrontiert. Für diese immensen armen oder verarmten Bevölkerungskreise ist nach wie vor die Umwelt der Hauptlieferant von lebensnotwendigen Gütern für die Gemeinschaft und deren Qualität bleibt der direkte Maßstab ihres Reichtums. Die Umwelt wird aber durch demografisches Wachstum und Landflucht immer weiter geschädigt.

Dieses schwarzweißmalerische Bild soll weit reichende Annäherungen nicht verwischen. In Europa gibt es in den Städten und auf dem Land eine „Viertelwelt“ extrem verarmter Bevölkerungsschichten, deren Lebensqualität voll und ganz durch ihre Umwelt bestimmt wird. In Lateinamerika kennen die städtischen Mittelschichten übrigens die gleichen „Überflussskrisen“ wie die europäische Bevölkerung: Überlastung, Staus, Verschmutzung des Stadtraums und alle „Fortschrittskrankheiten“.

Somit tragen Europa und Lateinamerika beide zwar auf unterschiedlichen Ebenen, aber im Grunde genommen denselben Tendenzen folgend, zum Anwachsen der globalen Umweltbedrohungen bei. So gesehen handelt es sich nur um graduelle und zeitliche Unterschiede. Hat die frühe Industrialisierung der europäischen Landwirtschaft zum drastischen Rückgang der Artenvielfalt auf ihrem Territorium geführt, so folgt Lateinamerika genau dem gleichen Weg der ungebremsten Zerstörung ursprünglicher Regenwälder und der Anden-Feldwirtschaften, um Platz für Intensivkultur oder Extensivhaltung zu gewinnen. Ganze Ökosysteme werden der Monokultur genetisch veränderter Organismen ausgeliefert. Die außerordentliche Artenvielfalt der Anden und des Amazonasgebiets überlebt nur dank der Schwierigkeiten, dort hin zu gelangen. Aber selbst dieses Überleben wirft grundlegende Fragen auf: Wie kann das legitime Streben nach einem besseren Leben für die dort lebenden und arbeitenden Menschen mit dem Ziel verbunden werden, diese „Reservate der Artenvielfalt“ zu erhalten?

In Europa und anschließend in Lateinamerika hat die Entscheidung für die Automatisierung zu einer unkontrollierten Entwicklung des Autoverkehrs und somit zu einem immer intensiveren Verbrauch fossiler Brennstoffe geführt. Das Gegenstück dazu ist der unaufhaltsame Beitrag beider Kontinente (und natürlich auch aller anderen) zur unaufhaltsamen Zunahme des Treibhauseffekts mit seiner unausbleiblichen Folge, der Klimaänderung.

Unsere beiden Kontinente befinden sich somit an den beiden Enden der Beziehungskette zwischen Mensch und Umwelt. Es handelt sich dabei aber um ein und dieselbe Kette. Die Probleme der einen wie der anderen werden immer ähnlicher; die Probleme, vor die die einen wie die anderen das Ökosystem der Erde stellen, sind absolut die gleichen. Der Unterschied zwischen Europa und Lateinamerika liegt darin,

das in Lateinamerika der Kampf gegen die Armut und der Kampf für die Verbesserung der Umwelt in einem engeren Zusammenhang stehen. Europa hat alle Illusionen, denen zufolge der technische Fortschritt beide Fragen von einander trennen würde, aufgebraucht und erlebt eine Neuauflage der sozialen Kämpfe um den Zugang zu einer gesunden Umwelt. Südamerika, das niemals imstande war, das Problem der Massenarmut mit Mitteln des technischen Fortschritts zu überwinden, stößt bereits jetzt an die Grenzen dieser illusorischen Lösung.

Angesichts dieser im Grunde genommen gleichen Herausforderung haben Europa und Lateinamerika, oder zumindest Südamerika, ein Weiteres gemein: Sie haben sich für die Einheit des Kontinents entschieden. Europa, jahrhundertlang in endlosen Kriegen aufgerieben, hat in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts seine Einheit vollzogen. Der durch die Weltkriege und später den Kalten Krieg genährte Hass ist verschwunden. Reich in ihrer Vielfalt, haben sich die Länder Europas dafür entschieden, zunächst ihre Märkte und Volkswirtschaften bis hin zu einer gemeinsamen Währung zu vereinen und sich dann gemeinsame Institutionen und Rechtsvorschriften zu geben, deren Ausarbeitung immer weniger der Diplomatie und immer mehr der demokratischen Debatte obliegt.

Lateinamerika, das sich zur gleichen Zeit viel langsamer auf den Weg gemacht hat, hat mit seiner Andengemeinschaft den Keim für eine gemeinsame Gesetzgebung und mit dem Mercosur den Keim für einen gemeinsamen Markt legen können. Die Karibikstaaten haben verschiedene, wenn auch stärker fragmentierte Versuche in der gleichen Richtung erlebt. Mexiko wiederum hat sich der nordamerikanischen Freihandelszone angeschlossen. Auf jeden Fall hat die im Dezember 2004 in Cuzco getroffene Entscheidung, eine südamerikanische Gemeinschaft von Nationen zu schaffen, zweifellos ein neues Kapitel in der Geschichte des Kontinents eröffnet.

Hier erfüllt sich der Sinn unseres Dialogs zwischen europäischen und lateinamerikanischen Parlamentariern. Für uns geht es darum, einer gemeinsamen Krise zu begegnen, die gleichzeitig Umwelt- und soziale Krise ist, indem wir von einander lernen und uns gegenseitig helfen. Und vor allem bei dem, was uns Parlamentarier vor allem angeht: indem wir lernen, Gesetze zu machen und gemeinsam öffentliche Politikziele zu verfolgen, um diese Krisen zu überwinden.

Es ist kein Zufall, dass in Europa der Kampf für den Umweltschutz sowohl innerstaatlich als auch international eine der bislang deutlichsten Errungenschaften der ersten Schritte zur politischen Einheit des Kontinents gewesen ist. Bekanntlich kennt Verschmutzung keine Landesgrenzen und ein gleiches Wirtschaftsmodell bringt in unterschiedlichen Ländern ähnliche, perverse Umwelteffekte hervor. Daraus ergibt sich ganz natürlich die Notwendigkeit einer gemeinsamen oder zumindest ähnlichen Umweltgesetzgebung.

Ähnliche Umweltgesetzgebung: Es geht darum, den gleichen lokalen Umweltkrisen mit relativ ähnlichen Rechtsvorschriften zu begegnen, um die Existenz eines einheitlichen Markts nicht zu gefährden. Der Umweltschutz ist für die Unternehmen in der Tat mit Kosten verbunden, die in den Produktpreis eingehen, auch wenn, insgesamt gesehen, der Schutz der Umwelt mit einem Zugewinn verbunden ist. Seltsamerweise hindert bislang die Angst vor Wettbewerbsverzerrung Europa daran, in allen Ländern dieselben Umweltregelungen für die Unternehmen durchzusetzen.

Doch über eine ähnliche Gesetzgebung hinaus sollte mehr und mehr auch die Rede von einer gemeinsamen Gesetzgebung sein. Es geht darum, dass wir alle gemeinsam gegen die diffusen Wirkungen schlechter industrieller und landwirtschaftlicher Produktionsweisen kämpfen, deren Ursachen sehr wohl lokalisiert werden, deren Opfer jedoch überall sein können. Wobei „überall“ heißt, „in allen Teilen Europas“, aber auch „auf der ganzen Erde“. Wir denken dabei besonders an die Abnahme der Artenvielfalt, dieser gemeinsamen Ressource, die uns eine unendliche Vielfalt von Genen bietet, und an den Treibhauseffekt, der das Klima destabilisiert und die althergebrachte Harmonie zwischen unseren Siedlungsweisen, unseren landwirtschaftlichen Produktionsweisen und unserer Umwelt in Frage stellt.

Klar ist, dass Lateinamerika und vor allem Südamerika, die vor den gleichen Problemen stehen wie Europa, seine Abgeordneten - wenn auch am jeweils anderen Ende der Kette - vor genau die gleichen Probleme gestellt sieht. Mercosur und Südamerikanische Gemeinschaft müssen sich, wie Europa, sehr rasch die Frage nach ähnlichen Rechtsvorschriften zum Umweltschutz stellen, wenn diese Einrichtungen einen einheitlichen Markt schaffen wollen. Gemeinsam mit Europa wirkt

Lateinamerika an zwei gewaltigen weltweiten Verhandlungen mit, der Klimaschutz-Konvention und der Artenschutzkonvention.

Angesichts der Umweltkrisen, die uns gleichermaßen bedrohen, kann die Zusammenarbeit zwischen unseren beiden Parlamenten und darüber hinaus zwischen unseren Völkern, unseren Kontinenten nun zweierlei Formen annehmen.

Erstens: Austausch von positiven Erfahrungen und beispielhaften Verfahrensweisen

Wir Europäer können einen reichen Erfahrungsschatz bei der Harmonisierung unserer Umweltschutzvorschriften zur Verfügung stellen! Die Hauptschwierigkeit auf diesem Gebiet ist die Frage der Souveränität. Sicherlich stellt sich dieses Problem der Souveränität in Lateinamerika und in Europa nicht in derselben Weise. Für Lateinamerika folgt die Forderung nach nationaler Souveränität auf eine Vergangenheit gemeinsamer antikolonialer Kämpfe. Souveränität bedeutet demzufolge Eigenständigkeit und die Fähigkeit, sich eigene Gesetze zu geben. Das ist ein sehr positiver Wert. Die Harmonisierung von Rechtsvorschriften zwischen Ländern, die politisch beherrscht waren und es in gewisser Weise noch sind, stellt von daher keine übermäßige Schwierigkeit dar. Es genügt, zu begreifen, dass ähnliche Antworten auf identische Probleme etwas ganz Normales sind. Auf Grund der wachsenden wirtschaftlichen Interdependenz sind sie sogar wünschenswert.

Die europäische Erfahrung hingegen zeigt eine starke Abneigung der nationalen politischen Kräfte gegen etwas, was als Druck von außen erscheinen mag. Weil die Umwelt ohne Weiteres als ein gemeinsames Gut erscheint, an dem alle Völker interessiert sind, ist die Übertragung von Souveränitätsrechten der Bevölkerungen von der nationalen auf die kontinentale Ebene sehr viel leichter als auf anderen Gebieten. Die europäische Erfahrung, wo die nationale Souveränität an jahrhundertealten gegenseitigen Hass unter den Völkern anknüpft, zeigt, dass diese Übertragung von Souveränität auf einen viel breiteren politischen Raum gerade auf dem Gebiet der Verteidigung gemeinsamer Güter am besten von der Bevölkerung angenommen wird. Man könnte sogar sagen, dass der Kampf für den Schutz der Umwelt die beste Schule für eine supranationale Souveränität der Bevölkerung ist: eine sehr viel sanftere Schule als die zwangsweise Errichtung eines geeinten Reichs!

In diesem Kampf um die Herausbildung eines gemeinsamen Guts und des Aufeinanderprallens nationaler Interessen verkörpern Parlamentarier, vor allem die solcher supranationaler Parlamente wie des Parlaments oder des Europäischen Parlaments wahrscheinlich den Pol gemeinsamen Interesses. Die durch die Arbeit genährte Kollegialität und das Bewusstsein, von den Bürgern gewählt worden zu sein, um ein gemeinsames Werk von kontinentaler Dimension zu errichten, führen sie vielleicht leichter als die nationalen Regierungen zur Annahme von gemeinsamen Regelungen, die den Schutz eines gemeinsamen Kulturguts der Menschheit erlauben.

Neben dieser interparlamentarischen Zusammenarbeit beim Austausch vorbildlicher juristischer Verfahrensweisen ist klar, dass sich der Austausch beispielhafter fachlicher und sozialer Verfahrensweisen direkt zwischen unseren beiden Kontinenten entwickeln muss.

Zweitens: Entwicklung weltweiter gemeinsamer Rechtsvorschriften zum Schutz des Ökosystems der Erde

Der Kampf gegen die lokalen Umweltkrisen und die Erfahrungen bei der Umsetzung von Rechtsvorschriften und Politikzielen zur Eindämmung dieser Krisen müssen in der Tat sehr rasch auf eine höhere Ebene gebracht werden: die der direkten Zusammenarbeit auf kontinentaler Ebene gegen globale Umweltkrisen. Jeder Kontinent ist aufgerufen, etwas zur Mobilisierung der gesamten Menschheit beizutragen. Die besten Rechtsvorschriften, die besten Politikziele werden angesichts dieser Art von Krise in der Tat nur Gewicht haben, wenn sie von ganzen Kontinenten gemeinsam vertreten werden und sich in den Rahmen eines weltumspannenden Vorhabens einordnen. Ich werde nur zwei Themen erwähnen, die die Konferenz von Rio 1992 ausgewählt hatte: den Kampf gegen die Klimaänderung und den Kampf um den Erhalt der Artenvielfalt.

Der Kampf gegen die Klimaänderung fängt leider gerade erst an. Es ist fraglos bereits zu spät, eine bedeutende Erwärmung der Erde im jetzigen Jahrhundert zu verhindern. Diese Erwärmung wird nachhaltige Folgen für die Ökosysteme und die Landwirtschaftssysteme haben, aber sie wird sich auch auf Geographie und Epidemiologie der menschlichen Bewohner auswirken. Wir können höchstens darauf hoffen, dass vermieden werden kann, dass diese Veränderungen ein solches Ausmaß erreichen, dass das Leben auf den ärmeren Kontinenten menschenunwürdig wird, mit

all den geopolitischen Krisen, die eine solche katastrophale Entwicklung mit sich bringen würde.

In diesem weltweiten Kampf ist Europa, wo jeder Einwohner jährlich vier Mal mehr Treibhausgase produziert als angesichts der Reabsorptionsmöglichkeiten des Ökosystems der Erde verträglich wären, ein sich seiner langfristigen Interessen besonders bewusster „Verantwortlicher“, und es setzt sich zumindest auf diplomatischer Ebene entschlossen für die Umsetzung des Kyoto-Abkommens ein.

Südamerika ist sicherlich stärker exponiert als Europa. Europa wahrscheinlich die Mittel, sich auf eine leichte Klimaänderung einzustellen. Für die sehr viel stärker landwirtschaftlich orientierten und ärmeren Länder Lateinamerikas wird die Klimaänderung unmittelbar spürbare und möglicherweise unkontrollierbare soziale und menschliche Auswirkungen haben. Andererseits sind einige Länder Lateinamerikas, besonders Mexiko und Venezuela, Erdölexporteur und gewinnen somit einen Teil ihrer Nationaleinkommens aus der Befolgung des Technik- und Wirtschaftsmodells, das die Ursache der Klimaänderung ist: das Anwachsen des Fahrzeugparks. Darüber hinaus (wenn auch sicherlich weniger als so häufig behauptet) trägt die Entwaldung durch Flächenbrände in Südamerika zum weltweiten Treibhauseffekt bei. Lateinamerika ist somit gleichzeitig einer der Hauptleidtragenden der Klimaänderung, trägt aber selbst auch zu dem Problem bei. Die an die Regierungen Südamerikas gerichteten Forderungen internationaler Umweltschützer (sowohl Wissenschaftler als auch Nichtregierungsorganisationen) sind unter diesem Blickwinkel zu betrachten.

Außerordentlich positiv ist die Tatsache, dass Venezuela, einer der Haupterdölexporteur Lateinamerikas, das Kyoto-Protokoll unterzeichnet hat. Es wäre ebenso positiv zu werten, wenn Brasilien als größtes Forstwirtschaftsland Maßnahmen zum Schutz seiner Wälder ergreifen würde. Solche einseitigen Schritte Südamerikas zur Verteidigung eines gemeinsamen weltweiten Interesses sollten allerdings entsprechende Solidarität aus Europa, dem Kontinent, der sich am meisten im Kampf gegen die Klimaänderung engagiert, erhalten. Schnellstmöglich wird eine gemeinsame Strategie unserer beiden Kontinente bei den Verhandlungen über den Treibhauseffekt, vor allem über die „Nach-Kyoto-Etappe“, benötigt. Wenn Südamerika oder umfassender gesagt, Lateinamerika, sich in Fragen engagiert, die der

Konvention gegen den Treibhauseffekt hinderlich sind, sollte die technische und finanzielle Solidarität Europas, die den Lateinamerikanern den Zugang zu eigenen Technologien erlaubt, den Anstrengungen entsprechen, die diese unternehmen, indem sie auf gewisse Einrichtungen verzichten, auf die die entwickelten Länder seit zwei Jahrhunderten zur Energiegewinnung zurückgreifen.

Bei der Artenvielfalt haben wir es mit einem etwas anders herum gelagerten Problem zu tun. Hier ist Europa, so wie andere entwickelte Länder, „Auftraggeber“, während Südamerika - ganz gleich ob Lateinamerika oder indigenes Amerika - nach wie vor Lösungen anzubieten hat. Zugespitzt formuliert, befinden sich im Süden die Artenvielfalt, im Norden die pharmazeutische, chemische und agrarbiologische Industrie. Wenn also die für den Erhalt der Artenvielfalt mobilisierte Weltgemeinschaft vom subtropischen Amerika Anstrengungen für den Schutz seiner Artenvielfalt verlangt, so sollte diese „Dienstleistung“ für die Menschheit im selben Maß honoriert werden, wie sich dieser Kontinent dafür engagiert. Auf die Möglichkeit von Rodungen zu verzichten, auf die Möglichkeiten zu verzichten, die die Biotechnologien zu bieten scheinen, stellt zumindest zunächst Kosten dar. Diese Kosten sollten Gegenstand einer Solidarität derjenigen sein, die im Norden vom Schutz der weltweiten Artenvielfalt profitieren.

Eine solche Vergütung der „Umwelt-Dienstleistung“ darf nicht rein buchhalterisch angegangen werden. Es dürfte im Übrigen schwierig sein, einen Preis für eine solche Anstrengung, von der letztendlich alle Kontinente profitieren, festzulegen. Europa muss jedenfalls das Eingeständnis akzeptieren, dass die in Südamerika noch vorhandene Artenvielfalt der Tatsache geschuldet ist, dass die indigenen Völker und die bäuerlichen Wirtschaften Lateinamerikas keinen Zugang zu den Möglichkeiten der Agrarindustrie bzw. aus kulturellen Gründen darauf verzichtet haben. Dieser Fortbestand der Artenvielfalt sollte nicht allein in negativer Hinsicht verstanden werden: indem sie die physische Artenvielfalt schützten, ist mit den indigenen Agrarmethoden ein kollektives Wissen über den Nutzen dieser Artenvielfalt hervorgebracht worden, das als geistiges Eigentum zu betrachten ist, ebenso wie es die geistigen Erzeugnisse der Firmenlabors des Nordens darstellen. Europa sollte sich also auf der Seite der Länder des Südens, speziell der südamerikanischen Länder, die über eine sehr große Vielfalt verfügen, entschlossen für die Anerkennung des

Eigentums an der Artenvielfalt ihrer Territorien und des indigenen oder bäuerlichen geistigen Eigentums in Bezug auf diese Artenvielfalt engagieren.

Ich bin mir sehr wohl bewusst, dass sich damit das Problem des im Laufe von Jahrhunderten durch Europa gegenüber Südamerika angehäuften „Biopiraterie“-Schuldenberges nicht erschöpft. Auch werden damit vor allem nicht die Folgen der Katastrophe ausgelöscht, die durch den „Mikroben-Kurzschluss“ verursacht wurde, den die Besetzung Amerikas nach 1492 nach sich zog. Diese Vergangenheit kann weder ausgelöscht noch repariert werden. Dennoch könnte zumindest eine Form von Wiedergutmachung darin bestehen, den Völkern Südamerikas zur Bekämpfung der verschiedenen Seuchen, unter denen sie zu leiden haben, die Nutzung von Generika-Medikamenten auf der Basis obligatorischer Lizenzen zu gestatten. Europa sollte sich in der Welthandelsorganisation und in der Weltorganisation für geistiges Eigentum für die Definition eines wirklich freien und raschen Zugangs zu diesen obligatorischen Lizenzen einsetzen.

Ich möchte nicht zum Schluss kommen, ohne einen Punkt, der unter uns Diskussionen hervorgerufen hat, zu erwähnen. Ich möchte mich zum Zugang lateinamerikanischer Erzeugnisse zum europäischen Agrarmarkt und zur Ablehnung genetisch veränderter Organismen in Europa äußern. Ich muss zunächst die Legitimität dieser doppelten Ablehnung unterstreichen. Indem Europa seine Agrarmärkte schützt, schützt es zunächst seine Lebensmittelunabhängigkeit und dann die Einkommen seiner Landwirte. Indem es die Einführung genetisch veränderter Agrarerzeugnisse verweigert oder nur zögerlich akzeptiert, setzt Europa ein Vorbeugeprinzip um, dessen Berechtigung durch die schlimmen Erfahrungen mit dem Rinderwahn sehr wohl belegt ist. Was nicht heißt, dass diese lobenswerten Absichten die von Europa praktizierte Politik subventionierter Exporte rechtfertigen, um sich seiner Landwirtschaftsüberschüsse zu entledigen. Unter uns (Lateinamerikanern und Europäern) werden wir uns schnell einigen über die Legitimität der Abschaffung dieser Subventionen. Sehr viel schwieriger wird es beim Problem der Öffnung der Märkte.

Vielleicht ist es ja möglich, einen Kompromiss anzuvisieren. Die fortschreitende Öffnung der europäischen Märkte für die lateinamerikanische Agrarproduktion könnte Teil eines globalen ökologischen und sozialen „New Deals“ sein, über den ich schon gesprochen habe. Eine solche Öffnung darf nicht zu einer Invasion werden, weder quantitativ noch qualitativ. Europa wird stets Sorge tragen für seine Lebensmittelunabhängigkeit und es sollte sich dafür engagieren, Lateinamerika dabei zu unterstützen, wenn es sich entschließt, gleichermaßen zu verfahren. Europa wird stets danach trachten, sich vor den Risiken einer sorglos manipulierten Ernährung zu schützen und sollte Lateinamerika dabei behilflich sein, wenn es sich entschließt, gleichermaßen zu verfahren.

Die Öffnung der europäischen Märkte für lateinamerikanische Erzeugnisse ist also nur denkbar, wenn sie sowohl kontingentiert als auch nach qualitativen Auswahlkriterien erfolgt. Im Rahmen eines noch breiteren Kompromisses ist eine Eröffnung von Kontingenten für lateinamerikanische Agrarerzeugnisse sehr wohl möglich, unter der Bedingung, dass es sich tatsächlich um Kontingente handelt, und dass es sich tatsächlich um Agrarerzeugnisse handelt, von denen keine biologische Gefährdung der europäischen Umwelt und der Gesundheit der Verbraucher ausgeht.

Was die quantitative Kontingentierung angeht, appellieren wir in aller Freundschaft an unsere Kollegen des Parlatino, über die traurige Erfahrung des „Bananenkonflikts“ nachzudenken. Als die Europäische Union den Bananenmarkt in ihre Gemeinsame Agrarpolitik aufnahm, ging es darum, für die Bananenerzeuger in der Union und für die sehr armen Länder Afrikas, der Karibik und des Pazifik, die freien Zugang zum europäischen Markt haben, ein vernünftiges Preisniveau zu sichern. Europa hat also den Ländern des süd- und mittelamerikanischen Kontinents ein begrenztes Importkontingent vorgeschlagen: das Abkommen von 1994. Einige dieser Länder haben vor der Welthandelsorganisation geklagt, die die Union dazu veranlasste, auf die Kontingentierung zu verzichten und zur großen Verzweiflung der Bananen exportierenden Länder auf die Methode der Anwendung von Zollsätzen zurückzugreifen. Wäre es nicht besser gewesen, ein System von ausgehandelten Kontingenten aufrecht zu erhalten, unter Berücksichtigung von Kriterien des Umweltschutzes und der korrekten Vergütung der (selbständigen und lohnabhängigen) Agrarerzeuger?

Diese schmerzhafteste Erfahrung zeigt, dass die Berücksichtigung von Sozial- und Umweltklauseln für einen fairen Handel keine einfache Angelegenheit ist und dass sie sich aller Wahrscheinlichkeit nach eher mit den Methoden direkt qualitativer Kontingenzierung, als mit dem etwas ungezielt wirkenden Mechanismus der Anwendung von Zollsätzen wird regeln lassen.

Wir sind überzeugt davon, dass wir, wenn wir die Natur der Probleme unserer beiden Kontinente erst einmal richtig verstanden haben, in der Lage sein werden, einen solidarischen Weg zu finden, um jeweils ähnliche Maßnahmen zu verwirklichen und eine gemeinsame Strategie für den Fortschritt der Menschheit zu verfolgen, ungeachtet der alten und neuen Belastungen, die der Überfluss selbst für die natürliche Umwelt darstellt.